

von Würzen, Dieter; Roth, Wolfgang; Stihl, Hans Peter

Article — Digitized Version

Ein Marshall-Plan für Osteuropa?

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: von Würzen, Dieter; Roth, Wolfgang; Stihl, Hans Peter (1989) : Ein Marshall-Plan für Osteuropa?, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 69, Iss. 12, pp. 587-595

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/136584>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Ein Marshall-Plan für Osteuropa?

In der Öffentlichkeit wird in jüngster Zeit gefordert, den reformwilligen RGW-Ländern mit einer Neuauflage des Marshall-Plans wirtschaftlich auf die Beine zu helfen. Ist dies ein sinnvoller Ansatz? Dr. Dieter von Würzen, Wolfgang Roth und Hans Peter Stihl nehmen Stellung.

Dieter von Würzen

Statt Marshall-Plan: Hilfe zur Selbsthilfe

Die gegenwärtig viel diskutierten Forderungen, die Reformprozesse in Mittel- und Osteuropa zu unterstützen, „Gorbatschow zu helfen“, umfangreiche Finanzmittel zu bewegen, gipfelt häufig im Ruf nach einem Marshall-Plan. Bei allem guten politischen Willen, der hinter solcher Suche nach geeigneten Hilfsmaßnahmen steht, wird doch oft übersehen, daß der Erfolg des Marshall-Plans im Nachkriegseuropa auf einem Zusammentreffen verschiedener Faktoren basierte, die heute in den mittel- und osteuropäischen Staaten fehlen oder nur zum Teil gegeben sind. Die Konzeption des Marshall-Planes als einer globalen Kapitalhilfe erscheint mir daher nicht zur Unterstützung der Volkswirtschaften Osteuropas geeignet.

Statt dessen halte ich für notwendig:

- Die RGW-Länder müssen ihre Wirtschaftsreformen konsequent und rasch durchführen.
- Das bestehende Geflecht bilate-

raler und multilateraler Beziehungen sollte besser genutzt werden; der daraus resultierende Abbau von wirtschaftlichen, rechtlichen – aber auch psychologischen – Schranken zwischen West und Ost wird in den reformfreudigen Staaten ein Umfeld schaffen, das westliche Unternehmer veranlassen wird, sich dort stärker zu engagieren.

- Hilfen des Westens sollten vorrangig umfassen: Handelserleichterungen, Beratung und Ausbildung und gezielte Finanzhilfen für konkrete Projekte.

Ein Vergleich

Eine wesentliche Voraussetzung dafür, daß der Marshall-Plan im Nachkriegsdeutschland erfolgreich wirkte und zum raschen Wiederaufbau der kriegszerstörten Wirtschaft beitrug, war die Währungs- und Wirtschaftsreform von 1948 und der folgenden Jahre. Dem politischen Umbruch folgte ein grundlegender, von einer klaren ordnungspolitischen Konzeption bestimmter Wandel des

Wirtschaftssystems. Die damals etablierte Wirtschaftsordnung knüpfte an Grundprinzipien aus der Vorkriegszeit an: Privateigentum an Produktionsmitteln, Dezentralisierung wirtschaftlicher Entscheidungsbefugnisse, Offenheit nach außen.

Die Aufhebung der Rationierung von Rohstoffen und Konsumgütern, von Preisstopp, Devisenbewirtschaftung und Handelsbeschränkungen schuf in der entstehenden Bundesrepublik ein Umfeld, in dem sowohl die Unternehmer als auch die Arbeitnehmerschaft an traditionellen wirtschaftlichen Handelns anknüpfen konnten. Sie waren zudem gut ausgebildet, angesichts des wirtschaftlichen Elends nach Kriegsende hochmotiviert und nutzten die neuen Leistungsanreize.

Von diesen Rahmenbedingungen unterscheidet sich die heutige Lage in den Staaten Osteuropas grundlegend. Die dortigen Volkswirtschaften sind nicht durch einen Krieg oder eine Naturkatastrophe zerstört worden. Vielmehr haben starre Zentralverwaltungswirtschaften zu jahr-

zehntelangen Fehlleitungen von Ressourcen, zu ökonomisch ineffizienten Strukturen, zu permanenten Versorgungsdefiziten, zu einem wachsenden technologischen Rückstand und einer geringen Wettbewerbsfähigkeit auf dem Weltmarkt geführt.

Unabdingbare Voraussetzungen

Unabdingbare Voraussetzungen für einen Aufschwung der östlichen Volkswirtschaften und für ein Wirksamwerden westlicher – von Banken, Unternehmen oder Regierungen gewährter – Kapitalzuflüsse bleiben radikale Wirtschaftsreformen, die marktwirtschaftliche Elemente anstelle der bisherigen Reglementierung der unternehmerischen Betätigung einführen. Dazu gehören vor allem Gewerbefreiheit, Einführung eines leistungsstimulierenden Steuersystems und entsprechender Lohnstrukturen. Die marktorientierten Preise müssen Angebot und Nachfrage ohne staatliche Eingriffe oder Subventionen ausgleichen und für Produktion und Investitionen die Signale geben. Wettbewerb zwischen einer möglichst großen Vielfalt von Unternehmenstypen im inneren Markt und auf den Außenmärkten erfordern Auflösung von Großkombinaten, Abschaffung von Außenhandelsmonopolen und Zulassung von Auslandskonkurrenz. Schließlich muß ein funktionierendes Geldwesen für wertstabiles, also knappes Geld sorgen, was eine Umstellung der öffentlichen Finanzwirtschaft voraussetzt.

Inzwischen haben die osteuropäischen Staaten die Fehlentwicklungen der Vergangenheit erkannt und, bis auf Rumänien und Albanien, wirtschaftliche Reformen angekündigt oder eingeleitet, die den unterschiedlichen Ausgangssituationen in den einzelnen Ländern entsprechen. In einigen Staaten, z.B. in der

UdSSR, führen Versuche der Modifizierung der zentralen Planwirtschaft zu Mischsystemen mit zwangsläufigen Begleiterscheinungen wie Kompetenzwirrwarr und Widersprüchen zwischen fortbestehenden alten „Kommandostrukturen“ und neuen, aber oft noch nicht richtig genutzten betrieblichen Handlungsmöglichkeiten. In Ungarn und Polen sind die politischen Reformen am raschesten vorangekommen und die wirtschaftspolitischen Absichten gehen am weitesten in Richtung Marktwirtschaft; insbesondere in Polen bedarf es noch der konsequenten Umsetzung, und in beiden Ländern erfordert die Modernisierung veralteter Industriestrukturen und ihre Ergänzung durch eine Vielfalt privatwirtschaftlicher Unternehmensformen noch viel Zeit.

In anderen Ländern, unter anderem in der Tschechoslowakei, ist im Moment noch nicht abzusehen, wie die Wirtschaftsreform verlaufen wird. Erschwerend wirkt, daß markt-

wirtschaftliche Erfahrungen seit vielen Jahrzehnten verschüttet sind.

All dies läßt eine Wirtschaftshilfe in Gestalt einer globalen Kapitalhilfe nach dem Modell des Marshall-Plans als weniger geeignet erscheinen. Solche flächendeckenden Hilfsprogramme könnten zudem zur Folge haben, daß wirtschaftliche Reformen hinausgezögert werden.

Bilaterale Hilfe

Der Westen sollte den Prozeß der Reformen erleichtern. *Bilateral* geschieht dies zum Beispiel:

durch intensiven Dialog auf allen Ebenen und – falls gewünscht – durch Beratung in makro- und mikroökonomischen Fragen;

durch Bemühungen um günstige Rahmenbedingungen für private Investoren in den Staaten Mittel- und Osteuropas, etwa durch den Abschluß von Investitionsförderungs- und -schutzverträgen (derartige Verträge wurden bislang mit Rumänien, Ungarn, Bulgarien, der UdSSR und Polen geschlossen);

durch Hilfen der Bundesregierung, von Bundesländern und der deutschen Wirtschaft bei der Aus- und Weiterbildung von Fach- und Führungskräften aus RGW-Ländern; hier bestehen mittelfristig große Möglichkeiten zur Effizienzsteigerung und damit zur Intensivierung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit;

durch Einsatz des bestehenden Instrumentariums zur Exportfinanzierung (Hermes-Bürgschaften) und zum Investitionsschutz; für Projekte vor allem auf dem Gebiet des Umweltschutzes in Polen und der CSSR können zudem Kredite aus dem ERP-Sondervermögen oder aus KfW-Mitteln gewährt werden;

durch Mitwirkung bei großzügigen Umschuldungsregelungen im Rahmen des Pariser Clubs, insbe-

Die Autoren
unseres
Zeitgesprächs:

Dr. Dieter von Würzen, 59, ist Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft.

Wolfgang Roth, 48, ist stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion und Vorsitzender des Arbeitskreises Wirtschaftspolitik.

Hans Peter Stahl, 57, ist Präsident des DIHT in Bonn.

sondere für Polen, und Abschluß entsprechender bilateraler Umschuldungsabkommen;

□ durch Überbrückungshilfen zur Abstützung mit dem IWF vereinbarter Anpassungsprogramme.

Multilateraler Bereich

Im *multilateralen Bereich* bietet – nach Beseitigung der Außenhandelsmonopole in den osteuropäischen Staaten – die Zusammenarbeit mit den internationalen Wirtschafts- und Finanzinstitutionen neue Möglichkeiten der Einbeziehung dieser Länder in das Welthandelssystem.

□ Seit der Normalisierung der Beziehungen zwischen der EG und dem RGW im Juni 1988 hat die EG mit Ungarn, der CSSR und Polen Handels- und Kooperationsabkommen abgeschlossen. Das Abkommen mit der UdSSR wird in diesen Tagen unterzeichnet, mit Bulgarien laufen die Verhandlungen noch. In all diesen Abkommen spielen Handelserleichterungen durch den Abbau von Einfuhrkontingenten der EG eine zentrale Rolle. Um Polen und Ungarn gezielt zu helfen, hat die EG-Kommission kürzlich den vollständigen Abbau bzw. die Suspendierung aller Kontingente bereits zum 1. 1. 1990 und die Einbeziehung Polens und Ungarns in das Allgemeine Zollpräferenzsystem beschlossen.

□ Der Weltwirtschaftsgipfel hat im

Juli 1989 ein umfassendes Angebot zur engeren Zusammenarbeit mit den mittel- und osteuropäischen Ländern beschlossen. Er hat die EG-Kommission beauftragt, die westlichen Maßnahmen zur Unterstützung insbesondere der in Ungarn und Polen eingeleiteten Reformprozesse zu koordinieren. Die daraufhin eingesetzte Gruppe der 24 westlichen Länder hat inzwischen einen umfangreichen Aktionsplan erarbeitet, der u. a. Nahrungsmittelhilfen, Handelserleichterungen, Einsatz von EG-Instrumenten, z. B. der Europäischen Investitionsbank (EIB), zur Erleichterung von Investitionen in Polen und Ungarn und Maßnahmen im Bereich der Aus- und Weiterbildung sowie beim Umweltschutz umfaßt.

□ Die CSSR, Polen, Rumänien und Ungarn sind bereits seit vielen Jahren Mitglieder im GATT. Die UdSSR strebt zur Zeit einen Beobachterstatus an, Bulgarien hat 1986 einen Beitrittsantrag gestellt.

□ Die OECD ist bereit, ihre Erfahrungen in wirtschaftspolitischen Fragen, auch z. B. beim Aufbau eines zuverlässigen Statistikwesens, beratend zur Verfügung zu stellen.

□ Gezielte Finanzhilfen für sorgfältig ausgewählte Projekte können von den auf diesem Gebiet bestehenden Institutionen – dem IWF, der Weltbank und der Europäischen Investitionsbank – gewährt werden, die über die entsprechende Sach-

kunde bei der Auswahl und Betreuung geeigneter Projekte verfügen.

Projektbezogene Zusammenarbeit

Das dargestellte Geflecht bilateraler und multilateraler Beziehungen bewirkt eine stärkere Integration der Volkswirtschaften der RGW-Länder in die internationale Arbeitsteilung. Einen weiteren Beitrag leistet die weitestgehende Kooperationsmöglichkeit in Form von Joint Ventures. Diese auf Unternehmensebene angesiedelte, projektbezogene Zusammenarbeit ist gegenüber einer globalen Kapitalhilfe effizienter. Die gemeinsamen Unternehmen bleiben aber Fremdkörper, wenn nicht ihr Umfeld privatwirtschaftlicher gestaltet wird, vor allem durch die Minimierung zentraler Planung, die Durchführung einer Preisreform und die Einführung des Wettbewerbs.

Gegen eine Konzeption im Sinne des Marshall-Plans spricht weiterhin, daß der Kapitalbedarf der mittel- und osteuropäischen Staaten – man denke allein an die Größe der UdSSR! – so umfangreich ist, daß er durch globale staatliche Kapitalhilfen nicht gedeckt werden kann. Entscheidend ist vielmehr, daß die mittel- und osteuropäischen Staaten Rahmenbedingungen schaffen, die Unternehmen der privaten Wirtschaft aus westlichen Ländern genügende Anreize für Investitionen geben.

VERÖFFENTLICHUNGEN DES HWWA-INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG-HAMBURG

WELTKONJUNKTURDIENST

Jahresbezugspreis
DM 80,-
ISSN 0342-6335

Der Vierteljahresbericht, der von der Abteilung Weltkonjunktur des HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung-Hamburg erarbeitet wird, analysiert und prognostiziert die wirtschaftliche Entwicklung in den wichtigsten westlichen Industrienationen sowie auf den Weltrohstoffmärkten.

VERLAG WELTARCHIV GMBH HAMBURG

Wolfgang Roth

Ein Euro-Plan für Osteuropa

Die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Reformen in der DDR, in Polen, in Ungarn, demnächst auch in der Tschechoslowakei und vielleicht in anderen Staaten des RGW, brauchen Unterstützung vom Westen her. Dies ist zwar noch keine Garantie für Reformfolge. Aber sicher ist auch, daß ohne Unterstützung die Chancen für Erfolge weit geringer sind. Uns muß dabei klar sein, daß ein Scheitern der Reformbewegungen, wirtschaftliches Chaos, politische Destabilisierung mit allen ihren möglichen gefährlichen Konsequenzen am Ende für uns Europäer viel schwerer wiegen würden als das Risiko eines weiteren und größeren finanziellen Engagements in Osteuropa.

Die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Umwälzungen in Osteuropa sind eine historische Chance, um die wirtschaftlichen Beziehungen und gegenseitigen Abhängigkeiten zwischen unseren Völkern enger zu knüpfen und darauf eine gesamteuropäische Friedensordnung, ein gemeinsames europäisches Haus, aufzubauen. Wir dürfen nicht zögern, diese Chance zu ergreifen.

Europäische Gemeinschaft als treibende Kraft

Wenn mit Marshall-Plan Hilfestellung gemeint ist, dann ist es also genau das, was jetzt notwendig ist. Allerdings nicht Hilfestellung seitens der USA, so willkommen die auch wäre, sondern primär seitens der Europäischen Gemeinschaft und der EFTA-Staaten. Und im Falle der

DDR ganz besonders Hilfestellung der Bundesrepublik. Wir und unsere westeuropäischen Partner haben das wirtschaftliche Potential dafür, und es liegt auch zuallererst in unserem Interesse, Europa wieder enger zusammenzurücken mit der Europäischen Gemeinschaft als einer treibenden Kraft.

Statt eines Marshall-Plans sollte deshalb ein Euro-Plan gezimmert werden. Ansätze dafür gibt es bereits. Auf dem diesjährigen Weltwirtschaftsgipfel in Paris haben die führenden Industrieländer des Westens der Europäischen Kommission das Mandat erteilt, die wirtschaftliche Hilfe des Westens zur Unterstützung der Reformprozesse in Osteuropa zu koordinieren. Und auf dem jüngsten EG-Gipfel in Straßburg wurde die Gründung einer Europa-Bank vereinbart, die Aufbaufinanzierungen und Projektbeurteilungen anbieten soll.

Dringlichkeit der Hilfe

Natürlich wird Hilfe für Osteuropa aus einem Europa-Plan nicht auf den unmittelbar wachstumsträchtigen Boden fallen, auf den die Marshall-Plan-Hilfe für Westeuropa fallen konnte. Rund 40 Jahre Kommunismus mehr oder weniger stalinistischer Prägung, zentrales Plandiktat, systematische Demotivierung der Menschen, Vernachlässigung bis hin zum Verfall der Infrastruktur, technologischer Rückstand und unbewegliche staatliche Unternehmen haben Schäden angerichtet, die nicht so schnell zu beheben sind.

Aber es wäre kurzfristig, Hilfe zu verweigern, weil sie keine schnellen Erfolge verspricht. Es wäre ebenso kurzfristig, Hilfe an die Bedingung zu knüpfen, daß zuerst die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Reformen, wie sie von uns für wünschenswert gehalten werden, abgeschlossen sein müssen. Würde man so lange warten, liefe man das Risiko, daß die Reformen niemals abgeschlossen werden. Denn die schwierigste Zeit für die Staaten Osteuropas und für die DDR ist die Reformphase selbst, der Übergang vom Plandiktat zur Marktorientierung.

Zentrale Reformaufgaben

Eine zentrale Reformaufgabe ist die Einführung markt- und kostenorientierter Preise. Dies bedeutet für die Bevölkerung höhere Nahrungsmittelpreise, höhere Transportkosten, höhere Mieten. Da die Preise für solche Produkte bislang praktisch ein Ersatz für soziale Transferzahlungen waren, bedeuten Preisreformen zwangsläufig soziale Härten, die durch den Aufbau eines sozialen Transfersystems kaum sofort zu kompensieren sind. Da schon heute große Teile der Bevölkerung dieser Staaten in Armut leben, kann sich leicht Reformmüdigkeit und -überdruß einstellen, der reaktionären Kräften in die Hände spielen könnte. Daher müssen von uns alle Möglichkeiten genutzt werden, dem entgegenzuwirken und die Reformprozesse zu fördern, vor allem dadurch, daß wir durch tatkräftige wirtschaftliche Kooperation den Men-

schen dort eine Perspektive für eine bessere Zukunft eröffnen.

Besonders dringend ist natürlich schnelle Hilfe für die DDR. Das Wohlstandsgefälle zwischen unseren beiden Staaten muß so zügig wie möglich eingeebnet werden. Sonst besteht bei offenen Grenzen die Gefahr, daß gerade die qualifizierten Bürger abwandern. Reformanstrengungen würden damit im Ansatz zunichte gemacht.

Für ein schnelles wirtschaftliches Aufholen der osteuropäischen Staaten, insbesondere der DDR, wird sehr viel Kapital notwendig sein. Primär mit westdeutschen Steuergeldern ist dies nicht zu leisten, erstens von der Größenordnung der Kapitalbeträge her nicht, zweitens weil diese Staaten nicht nur Kapital, sondern auch unser technisches und organisatorisches Wissen benötigen, um ihre Wirtschaft zu modernisieren. Sie brauchen unternehmerisches Kapital und Know-how.

Grundlegende Wirtschaftsreformen

Es ist gar keine Frage, daß nur dann ein breiter Kapitalstrom in Richtung Osteuropa und insbesondere in die DDR mobilisiert werden kann, wenn grundlegende Wirtschaftsreformen zügig vorangetrieben werden.

Das Diktat des zentralen Planes muß weg. Es hat zu einer gewaltigen Verschwendung von Arbeitskraft, Kapital, Rohstoffen und bedingstängstigen ökologischen Schäden geführt und die Menschen um die Früchte ihrer Arbeit gebracht. Es wurde nicht das produziert, was die Menschen, sondern das, was die Planungsbehörden wollten.

Notwendig sind grundlegende Reformen, die die Arbeitsmotivation der Menschen stärken und die Steuerungs- und Antriebsmecha-

nismen schaffen, die ein effizientes Wirtschaften ermöglichen.

Notwendig ist ein Preissystem, das Knappheiten mißt und die begrenzten Ressourcen optimal einsetzen hilft. Es kann nicht so weitergehen, daß die Planungsbehörden Preise festsetzen und Knappheitsverhältnisse verzerren. Niemand weiß dann über die wahren Kosten der Produktion Bescheid, und dies bedeutet zwangsläufig Unwirtschaftlichkeit und Verschwendung von Ressourcen. Deshalb muß die Preisbildung künftig am Markt erfolgen. Subventionen müssen abgebaut werden, so daß sich Preise bilden können, die möglichst unverfälscht Angebot und Nachfrage widerspiegeln.

Mit einer Preisreform allein wäre noch nichts gewonnen. Es braucht Unternehmen, die auf die Preissignale reagieren können. Und das heißt Unternehmen, die auf eigene Verantwortung und auf eigenes Risiko handeln und die eigenverantwortlich über ihre Investitionen entscheiden können. Selbstverständlich müssen die Unternehmen auch die Möglichkeit haben, im Außenhandel selbständig tätig zu werden.

Eigenverantwortliche Unternehmensentscheidungen

Eigenverantwortlich handelnde Unternehmen müssen Anreize für Leistung bieten. In erster Linie ist dies eine Frage der leistungsorientierten Bezahlung, nicht unbedingt eine Frage des Eigentums an den Unternehmen. Unsere Großunternehmen werden von Managern geführt. Der Einfluß der Eigentümer oder Aktionäre auf die Geschäftsleitung ist relativ gering. Deshalb ist die Frage des Eigentums an Großunternehmen in den Reformstaaten zunächst von sekundärer Bedeu-

tung. Etwas anderes ist das Eigentum an kleinen und mittleren Unternehmen. Bei solchen Unternehmen ist Eigentum und die Möglichkeit, es zu vergrößern, nach aller Erfahrung die stärkste Antriebskraft.

Marktorientierte Preisgestaltung, dezentrale, eigenverantwortliche Unternehmensentscheidungen und Honorierung von Leistung, das ist Marktwirtschaft, und das bedeutet das Ende der Planwirtschaft. Die DDR und die osteuropäischen Staaten müssen zu solcher Marktwirtschaft kommen, wenn sie westdeutsches Unternehmenskapital in großem Umfang anziehen wollen.

Fehlende Rezepte

Polen und Ungarn sind auf diesem Weg schon vorangegangen. Die DDR-Regierung steht unter enormem Druck, solche Reformen jetzt schnellstens einzuleiten und auch schnelle Erfolge zu erzielen, schon um die Menschen zum Verbleiben in ihrer Heimat zu bewegen.

Der Übergang von einer Planwirtschaft zu einer Marktwirtschaft ist historisch ohne Beispiel. Es gibt keine Rezepte dafür. Geht der Umbau zu schnell, riskiert jegliche Regierung Inflation, Arbeitslosigkeit und soziale Spannungen, die zum Abbremsen der Reformen zwingen können. Geht der Umbau zu langsam, bleiben sichtbare Erfolge aus. Dies kann zu Reformmüdigkeit und ebenfalls zum Stillstand führen und im Falle der DDR zu massenhaften Abwanderungen.

Mit schnellen Ratschlägen und mit Drängeln sollten wir uns daher zurückhalten. Denn die Reformaufgaben verlangen politische Kraftakte, über deren soziale Durchsetzbarkeit wir von außen her nicht urteilen können. Außerdem haben wir, die wir zu vergleichsweise bescheidenen Reformen kaum noch fähig

sind, nicht das Recht, andere zu Kraftakten zu drängen oder sie zu bevormunden.

Die Übergangsphase zu einem marktwirtschaftlichen System wird die schwierigste Zeit sein. In dieser Übergangsphase wird zunächst kaum oder nur wenig unternehmerisches Kapital aus der Bundesrepublik in die DDR und nach Osteuropa fließen. In der DDR sind dafür die rechtlichen Voraussetzungen noch nicht vorhanden. Die Wirtschaft sollte sich dennoch schon heute engagieren, denn auch ohne eine Joint-Venture-Gesetzgebung gibt es schon heute vielfältige Möglichkeiten für Kooperationen, wie etwa Lizenzproduktionen, gemeinsame technische Entwicklungen oder Vertriebskooperationen. Die Wirtschaft sollte die jetzige Phase nutzen, um Kontakte anzubahnen und auszubauen, um Kooperationen einzuleiten im Hinblick auf eine künftig größere unternehmerische Bewegungsfreiheit in der DDR. Polen und Ungarn haben bereits eine Joint-Venture-Gesetzgebung eingeführt, die ausländischen Unternehmen günstige Investitionsbedingungen bietet.

Projekte staatlicher Hilfe

Die Haupthilfe muß in der Übergangsphase vom Staat kommen.

Aber sie kann nicht in Form von ungebundenen Finanzkrediten erfolgen. Die Gefahr, daß wir damit Geld in ein Faß ohne Boden schütten würden, ist zu groß. Vor dem Steuerzahler wäre dies nicht zu verantworten. Hilfe des Staates kann in der jetzigen Phase daher nur bedeuten: Finanzierungshilfe für sinnvolle Infrastrukturprojekte und selbstverständlich, was die DDR betrifft, die Schaffung von Rahmenvereinbarungen zur Förderung von Unternehmenskooperationen. Joint-Venture-Gesetzgebung, Investitionsschutz-Abkommen, Handels- und Kooperationsabkommen zwischen der DDR und der Europäischen Gemeinschaft sind hier die Stichworte.

Infrastrukturprojekte in den osteuropäischen Staaten sind von der eingangs erwähnten Europa-Bank auf ihre volkswirtschaftliche Zweckmäßigkeit hin zu überprüfen und zu finanzieren. Im Falle der DDR müssen sich Fachleute von beiden Seiten zusammensetzen und jetzt konkrete Pläne für Infrastruktur- und Umweltschutzprojekte ausarbeiten. Die Bereiche, in denen Projekte besonders zu fördern sind, sind unumstritten: Ausbau der Ost-West-Verkehrsverbindungen, des Telekommunikationsnetzes, des Stromverbundes mit der DDR, Erhalt histori-

scher Bausubstanz, Gewässersanierung, umweltverträglichere und produktivere Energieerzeugung und -verwendung.

Hilfe für die DDR und für Osteuropa bedeutet einen Transfer von realen Ressourcen in diese Staaten. Maschinen und Know-how müssen bereitgestellt werden, damit das Produktionspotential dort ausgeweitet und modernisiert werden kann. Was real in Richtung Osten transferiert wird, steht im Westen nicht mehr zur Verfügung. Das heißt, daß andere Nachfragekomponenten im Umfang unserer Hilfe zurückgedrängt werden müssen. Will man dies vermeiden, müssen unsere Produktionskapazitäten erweitert werden.

Der Realtransfer muß finanziert werden. Er ist nicht dadurch zu finanzieren, daß wir die DDR, Ungarn, Polen und demnächst die Tschechoslowakei mit Krediten überschütten und sie in eine schnell wachsende Auslandsverschuldung treiben. Polen ist bereits überschuldet, Ungarn ist hoch verschuldet, von der DDR ist Genaueres noch nicht bekannt. Wir müssen deshalb bereit sein, zumindest einen Teil unserer Infrastrukturhilfe aus dem Euro-Plan als Geschenk zu geben, so wie auch der Marshall-Plan ein Geschenk war.

Hans Peter Stihl

Hilfe für die DDR: Nur ihre Effizienz stellt Bedingungen

In den deutschen Unternehmen herrscht eine große Bereitschaft, sich für den wirtschaftlichen Aufbau in der DDR zu engagieren. Neben wirtschaftlichen Interessen ist die

Verpflichtung für unsere Landsleute, die vier Jahrzehnte unter den Folgen der Planwirtschaft gelitten haben, überall groß. Aber wer immer konkret anpacken will, stößt auf

Hindernisse: Wer sind die Gesprächspartner, welche Kompetenz haben sie, sind sie morgen noch zuständig, welche Voraussetzungen schafft die Regierung, die Verwal-

tung, wohin geht der wirtschaftspolitische Kurs? Mehr Fragen als Antworten. Wir wollen helfen. Die politische Entwicklung in der DDR istasant. Es geht weniger um Bedingungen im rechtlichen Sinne als um Spielregeln, die freie unternehmerische Betätigung möglich machen! Daher gibt es noch viel zu tun.

Das wirtschaftliche Kernproblem der DDR ist nach wie vor die mangelnde Versorgung – von Konsumenten wie von Produzenten. Was nachgefragt wird, wird nicht oder zu wenig produziert. Vieles, was produziert wird, wird nicht nachgefragt. Die Folge ist, daß das bei der Produktion verdiente Geld überreichlich vorhanden ist. Sein Wert ist gering.

Reformschritte

In einem solchen Falle reichen isolierte währungspolitische Maßnahmen – wie beispielsweise ein Währungsschnitt – nicht aus. Notwendig sind kombinierte Maßnahmen der Wirtschafts- und Währungspolitik mit dem Doppelziel, den Geldüberhang zurückzuführen und das Güterangebot auszuweiten. Die Aufgaben zur Lösung dieses sehr vereinfacht klingenden Sachverhaltes sind vielfältig. Ihre Durchführung bedarf mutiger und für die Verhältnisse der DDR sehr ungewöhnlicher Schritte: Notwendig ist die Zurückführung des Geldüberhangs, ein Abbau der Subventionen, eine Freigabe von Preisen für Waren und Dienstleistungen. Denn Signale dafür, welche Güter knapp und marktfähig sind, gehen allein von Marktpreisen aus. Notwendig ist ferner die Abschöpfung durch Steuern mit anschließender Stilllegung.

Die Ausweitung des Güterangebots verlangt eine Dezentralisierung wirtschaftlicher Entscheidungsstrukturen. Das heißt

□ erstens eine Rücknahme plan-

wirtschaftlicher Vorgaben für die Unternehmen,

□ zweitens die Schaffung marktwirtschaftlicher Anreize für unternehmerische Leistung durch Gewinnorientierung und private Eigentumsbindung.

Nur technische Dezentralisierung ohne Eigentumsbindung ließe die Reform auf halbem Wege stehen, führte zur Vergeudung des kollektiven Eigentums – wie derzeit in der Sowjetunion. Private Eigentumsbindung sichert den effizienten Einsatz des Kapitals, weil eine Fehlallokation den Investor „bestraft“.

Um künftig ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Güterangebot und Geldvolumen sicherzustellen, müssen sich die Einkommenszuwächse am Produktivitätsfortschritt orientieren. Eine solche Regel setzt allerdings eine wahrheitsgemäße Statistik voraus. Und die setzt voraus, daß diese Unternehmen letztendlich ein ordentliches Rechnungswesen einführen, in das alle Kostenfaktoren wahrheitsgemäß einbezogen werden. Bislang gibt es im wesentlichen ein System von Plankennziffern, die realen Kosten und Erlöse aber kennen die Betriebe nicht.

Eine weitere institutionelle Voraussetzung ist eine Notenbank, die – vom Staat unabhängig – den Geldzuwachs der Volkswirtschaft nach den stabilitätspolitischen Erfordernissen reguliert, um den immensen Inflationsdruck aus der Volkswirtschaft herauszunehmen.

Ein erfolgreiches Modell

Die Bundesrepublik kann ein erfolgreiches Modell anbieten: Die Währungsreform von 1948 mit gleichzeitiger Einführung der freien Preisbildung. 90% der geltenden Preisvorschriften wurden damals außer Kraft gesetzt, allgemeiner

Preis- und Lohnstopp wurden aufgehoben, wenn auch in einigen sozial besonders empfindlichen Bereichen – z. B. für bestimmte Lebensmittel, für Wohnungen, im Verkehr – eine Preisfreigabe zunächst noch nicht erfolgte. Dies schuf Probleme, wurde jedoch später nach und nach zurückgenommen.

Gegenüber 1948/49 gibt es allerdings für die DDR heute eine ganz andere Problemlage: das Wohlstandsgefälle zur Bundesrepublik und insbesondere zum Weltmarkt. Dieses Wohlstandsgefälle ist sehr viel größer, als es damals zwischen der Bundesrepublik und ihren Nachbarn war. Folglich werden zur Vermeidung großer außenwirtschaftlicher Ungleichgewichte zunächst Außenhandels- und Devisenkontrollen fortbestehen müssen. Das Ziel muß aber definiert sein, diese Kontrollen schrittweise abzubauen.

Über eines sollte Klarheit bestehen: Ein solcher Reformprozeß ist schmerzlich, aber unvermeidlich, soll ein tragfähiges Fundament für eine effiziente Wirtschaft errichtet werden. Mit einer solchen harten Reform wird die DDR-Bevölkerung letztlich den Preis dafür bezahlen, daß ihre Wirtschaft über Jahrzehnte hinweg mit falschen und trügerischen Zahlen „geschönt“ wurde. Eine währungs- und preispolitische Reform würde die Situation offenlegen, die realwirtschaftlich schon lange gegeben ist.

Orientierung am Markt

Es bricht natürlich vielen das Herz, nicht nur den Alt-Sozialisten in der DDR, sondern auch den vielen Sozialromantikern unter den Schriftstellern, Liedermachern, Künstlern: Es gibt keinen dritten Weg zwischen Sozialismus und sozialer Marktwirtschaft. Es gibt kein auf Kollektiveigentum beruhendes

NEUERSCHEINUNG

Otto G. Mayer
 Hans-Eckart Scharrer
 Hans-Jürgen Schmahl
 (Hrsg.)

DER EUROPÄISCHE BINNENMARKT

Perspektiven und Probleme

In dem vorliegenden Sammelband, dessen Autoren sämtlich dem HWWA-Institut angehören, werden folgende Themen behandelt:

- H. Krägenau: Binnenmarktstrategie – Vom Weißbuch bis heute
- J. Hinze: Voraussichtliche Auswirkungen des EG-Binnenmarktes für den Standort Bundesrepublik
- R. Jungnickel: Unternehmensstrategien im Binnenmarkt
- M. Krakowski: Gemeinschaftliche Wettbewerbspolitik
- C. Wacker-Theodorakopoulos: Die Liberalisierung des Verkehrssektors durch den EG-Binnenmarkt
- M. Krakowski: Versicherungsmärkte
- K. Matthies: Deregulierung des Energiemarktes?
- U. Dennig: Der EG-Finanzbinnenmarkt
- F. Reither: Perspektiven der deutschen Geldpolitik im neuen Finanzraum Europa
- H.-E. Scharrer: Probleme einer europäischen Wirtschafts- und Währungsunion im Spiegel des Delors-Berichts
- W. Schaft: Beseitigung der Steuergrenzen – Harmonisierung der indirekten Steuern
- I. Sperling: Zu den Arbeitsmarktwirkungen des EG-Binnenmarktes
- O. G. Mayer: Zur sozialen Dimension des europäischen Binnenmarktes
- R. Richert und E. Thiel: Neue Perspektiven für Norddeutschland nach 1992?
- G. Koopmann: Außenwirtschaftsbeziehungen und -politik der Gemeinschaft bei innergemeinschaftlichem Freihandel
- C. Langer: EG '92 und die EFTA-Länder
- K. Bolz: Folgen des europäischen Binnenmarktes für die Wirtschaftsbeziehungen zwischen der EG und den sozialistischen Ländern Osteuropas
- P. Plötz: Deutsch-Deutsche Wirtschaftsbeziehungen und EG-Binnenmarkt
- K.-W. Menck und K. Fasbender: Konsequenzen des Binnenmarktes für die Kooperation der Gemeinschaft mit den Entwicklungsländern

Großoktav,
 543 Seiten, 1989,
 brosch. DM 59,-
 ISBN 3-87895-381-X

Wirtschaftssystem, das Wohlstand für alle, Demokratie und soziale Gerechtigkeit hervorbringt. Wer dies behauptet, verbreitet Illusionen. Der Bau von Luftschlössern kostet nichts, aber ihre Zerstörung ist sehr teuer, wie die DDR-Bürger jetzt bitter erfahren. Neue Luftschlösser kann sich dieses Land nicht mehr leisten. Schließlich war die DDR unter allen bislang realwirtschaftlich praktizierten sozialistischen Modellen der Welt das erfolgreichste! Und doch war sie so erfolglos, daß der heutige Wohlstand der DDR-Bürger nicht einmal ein Drittel dessen ausmacht, was wir in der Bundesrepublik Deutschland erwirtschaftet haben.

Orientierung am Markt zur Ermittlung des Bedarfs, zur Ausrichtung der erforderlichen Investitionen macht jeden von einer staatlichen Administration vorgesehenen Plan nicht nur überflüssig, sondern ein solcher Plan stört sogar nachgewiesenermaßen die dispositiven Aktivitäten jedes einzelnen Unternehmens. Denn die Bürokratie weiß nichts vom Bedarf der Bürger, weil sie mit den Bedarfsstrukturen der Konsumenten und Produzenten nur am Schreibtisch befaßt ist und nicht durch die tagtäglichen Aktivitäten des Kaufens und Verkaufens.

Nur wenn die DDR der Planwirtschaft abschwört, die Marktkräfte entscheiden läßt, wird sie in die Lage versetzt, die Versorgung ihrer Bevölkerung zu verbessern und letztlich auch so viel Produktivitätsfortschritt zu erzielen, daß damit auch die gravierenden Umweltprobleme gelöst werden können. Denn auch Umweltschutz muß finanzierbar werden. Die stark belastete Umwelt der DDR im notwendigen Maße auf der Basis des Status quo zu Lasten der Bevölkerung zu sanieren, das dürfte dieser ohnehin stark gebeutelten Bevölkerung kaum zumutbar sein.

Frage ist, ob die Konsequenzen aus einer solchen Reform den Bürgern der DDR bereits jetzt subjektiv zumutbar sind, Frage ist auch, wer wagt diese notwendige Politik gegenüber den Bürgern zu vertreten?

Noch haben sich die politischen Kräfte nicht gefunden, noch sind die Parteien nicht formiert, noch ist die Regierung selbst ein Provisorium, deren Maßnahmen heute beschlossen, morgen schon Makulatur sein können.

Bilaterale Kooperationen

Und doch ließen sich auf der Grundlage der Regierungserklärung Modrow, die noch gilt, jetzt schon einige erste wichtige Schritte tun, wie z. B. die Lockerung des Außenhandelsmonopols, die Förderung von Direktkontakten westdeutscher Einzelfirmen zu den einzelnen Kombinat. Hier gibt es eine ganze Menge von historischen Beziehungen.

Notwendig und möglich wäre die Erleichterung von bilateralen Kooperationen zwischen Firmen der DDR und westdeutschen Unternehmen. Möglich wäre eine Bildung von Joint Ventures, wenn durch eine entsprechende Investitionsgesetzgebung, wie z. B. in Polen, die grundsätzliche Gleichberechtigung dieser Joint-Venture-Unternehmen mit staatlichen Unternehmen bei allen Marktaktivitäten gewährleistet würde und die Eigentumsrechte klar fixiert und garantiert würden.

Notwendig und schnell durchführbar sind Seminare und Seminarveranstaltungen, um die Manager der DDR auf die Marketing-Erfordernisse westlicher Länder vorzubereiten. Sehr vorteilhaft wäre es auch, Manager und Techniker der DDR verstärkt zu uns einzuladen, damit sie ein Bild bekommen, wie in westdeutschen Firmen gearbeitet wird.

Notwendig wäre mehr Spielraum für die privaten Betriebe des Handwerks, der Gastronomie, für Betriebe des Einzelhandels und kleinerer Betriebe im Konsumgüterbereich. Für die Versorgung der Bevölkerung könnte damit schnell etwas getan werden.

Von bundesdeutscher Seite sollte das Beratungswesen, so wie es vom Bund für mittelständische und kleinere Unternehmen in der Bundesrepublik installiert wurde, kleinen und mittleren Betriebe der DDR angeboten werden. Eine Lockerung der COCOM-Bestimmungen durch die westlichen Länder würde den für viele Bereiche notwendigen Technologietransfer oder auch den Bau der Infrastruktur im Bereich der Telekommunikation erleichtern. Der Abbau von Lieferkontingenten in einigen marktsensiblen Bereichen im Rahmen einer EG-Regelung würde der DDR zusätzliche Marktchancen eröffnen. Hier kann auch von unserer Seite noch mehr getan werden.

Dies alles wären erste Schritte, die jedoch an der grundsätzlichen Frage nicht vorbeiführen, welche Wirtschaftsverfassung sich für die DDR letztendlich ergeben wird. Die Bevölkerung der DDR plädiert für politische Freiheit. Diese wird ihr wohl nicht mehr verwehrt werden können. Politische Freiheit und dezentrale Autonomien in der Wirtschaft sind auf Dauer jedoch nicht zu trennen. Das heißt, die politische Freiheit macht wirtschaftliche Reformen zu marktwirtschaftlichen Lösungen unerlässlich.

Die genannten praktischen Schritte, die schnell erfolgen könnten, scheinen aber auch deshalb so dringlich, damit die Arbeitnehmer und Manager in der DDR „auf den Geschmack kommen“, welche Erfolge aus wirtschaftlicher Selbständigkeit, aus dezentralem Wirtschaften und mehr Orientierung am Markt resultieren.